



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

## Nachhaltige Entwicklung durch moderne Umweltpolitik

Perspektiven für Generationengerechtigkeit, Lebensqualität,  
Sozialen Zusammenhalt und Internationale Verantwortung





Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit



Nachhaltigkeits-  
strategie  
für Deutschland

## **Nachhaltige Entwicklung durch moderne Umweltpolitik**

**Perspektiven für Generationengerechtigkeit, Lebensqualität,  
Sozialen Zusammenhalt und Internationale Verantwortung**

**Ressortbericht**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
Staatssekretärsausschuss nachhaltige Entwicklung am 6. April 2009

## **IMPRESSUM**

Herausgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)  
Referat Öffentlichkeitsarbeit – 11055 Berlin  
Email: [service@bmu.bund.de](mailto:service@bmu.bund.de) – Internet: [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

Redaktion: Annette Volkens, Frank Hönerbach, Dr. Jörg Mayer-Ries (BMU)

Stand: April 2009

1. Auflage: 2.000 Exemplare

# Inhalt

<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Umweltpolitik unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung - mehr als die ökologische Dimension.....</b>	<b>2</b>
1.1 Die Leitlinien Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt ..... und Internationale Verantwortung in der Umweltpolitik.....	2
1.2 Nachhaltigkeit konkret: Die Politikfelder Ökologische Industriepolitik, Klimaschutz und Energie, Ressourcenschonung, Biodiversität.....	4
Ökologische Industriepolitik – Antwort auf globale Krisen .....	4
Zukunftssicherung und Konjunkturprogramm: Klima- und Energiepolitik.....	6
Schutz und Nutzung biologischer Vielfalt – globale Politik im nationalen Interesse.....	8
Ressourcenpolitik – tragfähige Wirtschaftskreisläufe schaffen .....	9
<b>2. Nachhaltige Entwicklung im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums .....</b>	<b>12</b>
2.1 Umsetzung des Leitbildes in der Standortbewirtschaftung und Beschaffung.....	12
Umweltmanagementsystem nach EMAS .....	12
Emissionssparende Dienstreisen und Fahrzeugbeschaffung .....	14
Ressourcensparende IT-Infrastruktur .....	16
Nachhaltige Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen.....	17
2.2 Umsetzung des Leitbildes in der Personalpolitik .....	18
Gleichstellung .....	18
Ausbildung .....	18
Personalentwicklung und Fortbildung .....	19
Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	19
<b>3. BMU-Nachhaltigkeitsberichterstattung für Fachwelt und Öffentlichkeit - Der BMU-Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“ .....</b>	<b>20</b>



## Einleitung

Keine Entscheidung, die wir heute treffen, wird ohne Folgen für die Zukunft bleiben. Wir verbrauchen unwiederbringlich Ressourcen und nicht erneuerbare Energieträger. Wir setzen Luftschadstoffe und Klimagas frei und deponieren harmlose wie gefährliche Abfälle, für Jahrhunderte, zum Teil Jahrtausende. Wir gestalten Städte und Landschaften und wir entscheiden mit Investitionen in Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur über Emissionen und Instandhaltungskosten der nächsten 30 und mehr Jahre. Daher gilt: Die Langfristperspektive darf bei allen noch so kurzfristig notwendig erscheinenden Entscheidungen nicht aus den Augen gelassen werden.

Die Risiken kurzzeitigen Handelns für wirtschaftlichen Wohlstand, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität zeigt aktuell am deutlichsten die Finanzmarktkrise. Sie verdeutlicht auch die globale Verflechtung von technischen, ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen, die die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt kennzeichnet – und damit auch den globalen Charakter vieler ökologischer Herausforderungen.

Das Bundesumweltministerium stellt sich mit seiner Umweltpolitik der Herausforderung, die gesamtgesellschaftlichen, langfristigen und globalen Folgen politischer Entscheidungen in den Blick zu nehmen. Unsere Umweltpolitik ist eine Politik für heutige und künftige Generationen, für uns in Deutschland und Europa, aber auch in anderen weniger wohlhabenden Teilen der Welt. Damit stellt sich das Bundesumweltministerium der Aufgabe, das Leitbild nachhaltiger Entwicklung in die politische Praxis umzusetzen, in die Gestaltung politischer Initiativen und Programme, in die Erarbeitung von Gesetzesvorhaben. Dazu gehört auch die am Leitbild Nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Organisation des Geschäftsbereichs. Politik muss der Gesellschaft, den Unternehmen und den Bürgern ein Vorbild sein und bei der Umsetzung von Maßnahmen mit gutem Beispiel voran gehen.

Der vorliegende Bericht verdeutlicht die Rolle von Umweltpolitik für eine nachhaltige Entwicklung anhand einzelner Handlungsschwerpunkte des Bundesumweltministeriums (Kapitel 1). Er zeigt am Beispiel des Geschäftsbereiches des Bundesumweltministeriums, wie Nachhaltigkeit in die Praxis überführt wird (Kapitel 2). Inwieweit Umweltpolitik das Leitbild Nachhaltigkeit auch in der Kommunikation und Berichterstattung umsetzt, wird abschließend mit dem Bericht „Perspektiven für den Umweltschutz“ des Bundesumweltministeriums verdeutlicht (Kapitel 3 und Anlage).

# **1. Umweltpolitik unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung - mehr als die ökologische Dimension**

Ökonomische Entwicklung und sozialer Wohlstand sind nicht über die Grenzen der Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen hinaus möglich. Während wirtschaftliche Krisen mit all ihren sozialen Folgen durch menschliches Handeln auf individueller und kollektiver Ebene überwunden werden können, sind viele natürliche Ressourcen und ökologische Funktionszusammenhänge weder erneuerbar noch ersetzbar. In diesem Sinne formuliert der Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Die Erhaltung der Tragfähigkeit der Erde bildet die absolute äußere Grenze; in diesem Rahmen ist die Verwirklichung der verschiedenen politische Ziele zu optimieren.“<sup>1</sup> Umweltpolitik versteht sich daher als Anwalt des gesamtgesellschaftlichen Interesses an der Erhaltung dieser Tragfähigkeit. Umweltpolitik handelt in langfristiger, globaler Verantwortung und ist von fundamentaler Bedeutung für die Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaften.

Umwelt steht jedoch in der gesellschaftlichen Einschätzung nicht an der Spitze der schützenswerten Güter und relevanten Themen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Absicherung des Wohlstandsniveaus werden oftmals höher bewertet, die Sorgen um eine ausreichende soziale Absicherung übersteigen die Befürchtungen hinsichtlich der Folgen des Klimawandels oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume. So ergab die Studie „Umweltbewusstsein 2008“, die im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt wurde, dass „Umweltschutz“ mit 22 % auf Platz vier der politischen „Top-10“-Themen steht, während „Arbeitsmarkt“ mit 52 % und „Soziale Aspekte“ mit 36 % auf den ersten beiden Plätzen liegen.<sup>2</sup>

Umweltpolitik hat daher die Aufgabe, auf die fundamentale Bedeutung der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für eine langfristig wohlstandssichernde Wirtschaft und damit auch für sozialen Ausgleich und globalen Frieden hinzuweisen. Umweltpolitisch geht es darum, ökologische Belange als orientierende Leitplanken für gesellschaftliches und politisches Handeln in den Fokus zu stellen und gleichzeitig die Querverbindungen zwischen diesen Belangen und den wirtschaftlichen und sozialen Interessen aufzuzeigen und weiter zu entwickeln. Diese Perspektiven zu integrieren ist die Herausforderung nachhaltiger Politik des Bundesumweltministeriums und sie stellt sich nicht nur im nationalen Rahmen, sondern immer häufiger im europäischen und globalen Maßstab.

## **1.1 Die Leitlinien Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung in der Umweltpolitik**

Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 verabschiedet. Es weist die Richtung für politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Fortschritte, um kommenden Generatio-

---

<sup>1</sup> Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. S. 21.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin 2008; die Befragten konnten jeweils zwei Themen nennen.

nen eine möglichst intakte Umwelt und ausreichende Ressourcen einerseits, soziale Stabilität und gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten andererseits zu überlassen.

Die von diesem Leitbild ausgehenden vier Leitlinien der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zeigen, an welchen übergeordneten Zielen wir unsere Politik zu orientieren haben: Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Diese Leitlinien sind nur als gesamtgesellschaftliche Ziele denkbar und verbinden deshalb jedes für sich ökologische, ökonomische und soziale Aspekte. Die vier Leitlinien sowie die 21 Schlüsselindikatoren und die ihnen zugeordneten Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie sind es, an denen sich politische Entscheidungen mit Blick auf nachhaltige Entwicklung messen lassen müssen. Die folgenden fünf Grundzüge der Umweltpolitik machen den Bezug zu den Leitlinien deutlich:

### **1. Umweltpolitik ist Langfristpolitik.**

Wenngleich sie in ihrer Entstehungsgeschichte zunächst reaktiv und auf kurzfristigen Schadensausgleich ausgerichtet war, so weist Umweltpolitik heute zum Teil weit in die Zukunft. Damit nimmt Umweltpolitik eine gestaltende Rolle ein. In dem Wissen um die Endlichkeit der Ressourcen und der begrenzten Tragfähigkeit der Ökosysteme hat Umweltpolitik die Sicherung und Erweiterung der Entwicklungschancen künftiger Generationen im Blick. Sie achtet darauf, dass Lasten nicht in die Zukunft verlagert werden. Sie setzt sich daher dafür ein, dass nicht erneuerbare Ressourcen nicht übernutzt werden, dass mit frühzeitigen Maßnahmen etwa zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt stärkere oder irreparable Folgen in der Zukunft vermieden werden und eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle gewährleistet wird.

### **2. Umweltpolitik sichert Lebensqualität im umfassenden Sinn.**

Eine zukunftsgerichte Umweltpolitik muss, um erfolgreich und akzeptiert zu sein, verdeutlichen, dass umweltpolitische Aspekte nicht hinter ökonomischen und sozialen Notwendigkeiten zurück stehen dürfen, sondern dass Umweltpolitik gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und gute Arbeit schafft. Das Konzept der Ökologischen Industriepolitik des Bundesumweltministeriums begreift ökonomische und ökologische Aspekte als zwei Seiten einer Medaille und setzt dies in konkrete Maßnahmen um. Ökologische Industriepolitik erkennt und nutzt Ökologie als Erfolgsfaktor für Innovationen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im globalen Markt fördern und damit auch Arbeitsplätze sichern und schaffen.

### **3. Umweltpolitik ist auf sozialen Ausgleich orientiert.**

Umweltpolitik eröffnet soziale Chancen, sie darf nicht zu Lasten bestimmter sozialer Gruppen gehen. Dieses Ziel spiegelt sich in der Konzeption einer ökologischen Gerechtigkeit wider. Umweltpolitik muss dafür Sorge tragen, dass gerechte Chancen bestehen auf gesundheitlich unbedenkliches Wohnen oder auf den Zugang zu Naturräumen. Hierzu bedarf es einer sozial ausgewogenen Umweltpolitik, Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung sowie eines erweiterten Gerechtigkeitsverständnisses. Das Wohlfahrtsmodell einer nachhaltigen Umweltpolitik zielt auf ein hohes Maß an Gesundheit für alle und das Leben in einer möglichst intakten Umwelt.

### **4. Umweltpolitik stellt sich der internationalen Verantwortung.**

Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung ist in einem internationalen Kontext entstanden und auch die Fragestellungen und Probleme, mit denen Umweltpolitik sich beschäftigt und die sie zu lösen hat, haben fast immer einen internationalen Bezugsrahmen. Umweltprobleme, wie die Übernutzung von Ressourcen, das Artensterben und der drohende Klimawandel haben ihre Ursachen in nationalen wie in internationalen Entwicklungen. Und sie sind allein auf nationaler Ebene nicht lösbar. Gerade deswegen ist die Wahrnehmung internationaler

Verantwortung für umweltpolitisches Handeln und die Wirkungen der eingesetzten Instrumente Grundlage einer erfolgreichen, nachhaltigen Umweltpolitik.

### **5. Umweltpolitik ist ein Teamspiel.**

Nachhaltige Entwicklung ist weit mehr als ein politisches Programm für staatliches Handeln. Alle Akteure – Wirtschaft, Politik, Medien/Wissenschaft, Verbände, Bürgerinnen und Bürger – müssen gemeinsam die wichtigen Fragen formulieren und an Antworten arbeiten. Dies erfordert einen neuen Stil der Steuerung der Gesellschaft, der auf Dialog und Kooperation setzt. Umweltpolitik setzt daher auf kontinuierliche und transparente Information einer breiten Öffentlichkeit. Der Austausch von Akteuren der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene ist ebenso Gegenstand nachhaltiger Umweltpolitik wie die Initiierung und Förderung von Netzwerken zur Ressourceneffizienz, Branchendialogen und ökologischen Allianzen mit Unternehmen, Ländern und Kommunen.

## **1.2 Nachhaltigkeit konkret: Die Politikfelder Ökologische Industriepolitik, Klimaschutz und Energie, Ressourcenschonung, Biodiversität**

Am Beispiel vier aktueller Handlungsschwerpunkte wird sichtbar, wie das Prinzip nachhaltiger Entwicklung und die Leitlinien der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das politische Handeln des Umweltressorts prägen.

### **Ökologische Industriepolitik – Antwort auf globale Krisen**

Die ökologische Industriepolitik ist die Antwort des Bundesumweltministeriums auf die großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit: den Klimawandel, globale Umweltverschmutzung und einen effizienten Umgang mit Energie und immer teurer werdenden Rohstoffen. Im Kern geht es darum, Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und unsere Wirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit umzugestalten. Nur so kann es gelingen, neues, nachhaltiges Wachstum zu erschließen. Nur so kann es gelingen, wachsende Bedarfe so zu befriedigen, dass dieses weder zum irreversiblen Kollaps unseres Ökosystems noch zu großen internationalen Verteilungskonflikten führt.

Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch verlangt, den Umwelt- und Effizienztechnologien einen hohen Stellenwert einzuräumen und Öko-Innovationen zu fördern, die die industrielle Produktion ressourcenschonend umgestalten. Mit dem Bedeutungszuwachs intelligenter Technologien verbinden sich wirtschaftliche Chancen - gerade für die Bundesrepublik, die heute schon in vielen Bereichen grüner Technologien führend ist und auch im Bereich der erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle innehat.

Technologieführerschaft im Umweltsektor ist in einer globalen Wirtschaft der Königsweg für langfristig sicheren Wohlstand. Die Märkte der Zukunft sind „grün“. Energieeffizienz, nachhaltige Wasserwirtschaft, nachhaltige Mobilität, Energieerzeugung, Rohstoff- und Materialeffizienz sowie Abfall- und Kreislaufwirtschaft sind die zentralen grünen Zukunftsmärkte. Grüne Leitmärkte zeichnen sich durch ein hohes Wachstum aus. Sie standen bereits in 2005 für ein Weltmarktvolumen von fast 1.000 Milliarden Euro und 2007 1.400 Milliarden Euro. Bis 2020 wird der Umsatz dieser Umweltindustrien, so Schätzungen, auf 3.100 Milliarden Euro steigen und sich damit mehr als verdreifachen. Mit einem Welthandelsanteil von 16 % und einem Exportvolumen von 56 Milliarden Euro belegte Deutschland im Jahr 2006 erneut den Spitzenplatz im Welthandel, vor den USA (15 %) und Japan (9 %). Der positive Trend hat sich fortgesetzt. 2007 erreichte das Exportvolumen an potenziellen Umweltschutzgütern aus

Deutschland fast 60 Milliarden Euro. Das rasante Wachstum wirkt sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Fast 1,8 Millionen Menschen arbeiten in der Umweltschutzwirtschaft. Der Anteil der Umweltschutzbeschäftigten an den Erwerbstätigen beträgt nunmehr, wie der Umweltwirtschaftsbericht zeigt, 4,5 % (2004: 3,8 %).

Ein Umbau der Industriegesellschaft, der sich am effizienten Umgang mit Energie und Ressourcen orientiert, braucht nicht nur innovative Unternehmer und einen Staat als Pionier. Er ist auch auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen, die gute Arbeit leisten und gute Arbeit haben. Nur dann lässt sich der soziale Zusammenhalt langfristig sichern. Nachhaltiges Wachstum braucht neue Qualifikationen und bietet die Chance auf eine zukunftsfähige Ausbildung. Die Handlungsfelder der ökologischen Industriepolitik reichen von der Stärkung ökonomischer Instrumente, dem Anreiz von Investitionen, der Erleichterung von Finanzierung über die Etablierung von Benchmarks und Labels und die Konzentration der Forschungsförderung bis zur Intensivierung von Export und Außenhandel sowie der Bündelung von Kräften bei der Beschaffung.

Umweltpolitik macht die Wirtschaft nachhaltig. Neben dem innovationspolitischen Aspekt hat Umweltpolitik auch eine standortpolitische, investitionspolitische und beschäftigungspolitische Seite. Ökologische Industriepolitik ist daher der Schlüssel für einen nachhaltigen New Deal für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung.

Die Rolle der ökologischen Industriepolitik zeigt sich auch in der Krise. Weltweit gibt es ca. 20 Konjunkturprogramme mit einem Volumen von rund 2,8 Billionen US-Dollar. Etwa 15 % der getätigten Ausgaben haben einen Bezug zum Klimaschutz. Der grüne Anteil an den deutschen Konjunkturprogrammen beträgt rund 13 %. Deutschland nimmt damit nach China, Südkorea und Frankreich Rang vier in der G20 ein.

## **Ausgewählte Maßnahmen:**

### Masterplan Umwelttechnologie

Im November 2008 beschloss das Kabinett den Masterplan Umwelttechnologie, den das BMU und das BMBF gemeinsam eingebracht haben. Damit will die Bundesregierung das große ökonomische Potenzial der Umwelttechnologien gezielt für die deutsche Wirtschaft erschließen und dazu die Instrumente der Umwelt- und Innovationspolitik im engen Dialog mit den betroffenen Unternehmen noch stärker als bisher im Sinne der ökologischen Industriepolitik ressortübergreifend verzahnen. Zukunftsmärkte in drei besonders zukunftssträchtigen Feldern stehen zunächst im Vordergrund: Wasser, Rohstoffe und Klimaschutz. Die Fortschreibung des Masterplans unter Einbeziehung weiterer Ressorts wurde bereits begonnen.

### Umwelttechnik-Atlas

Das Bundesumweltministerium gab 2007 den ersten Umwelttechnologie-Atlas für Deutschland „Green Tech made in Germany“ heraus. Dort werden die technologischen Trends, das wirtschaftliche Potenzial und regionale Schwerpunkte der Umwelttechnologien in der Bundesrepublik entlang von sechs Leitmärkten analysiert und beschrieben. Eine Neuauflage erscheint in Kürze.

### Initiative Null-Emissions-Netzwerk

Die Null-Emissions-Strategie beinhaltet eine permanente Reduzierung von Energie- und Stoffverlusten bei gleichzeitiger Verbesserung der regionalen Wertschöpfung. Durch die Verknüpfung von technologischen, organisatorischen und gesellschaftlichen Innovationen werden insbesondere der regionale Mittelstand und das Handwerk gefördert. Das Bundesum-

weltministerium unterstützt diese Entwicklung mit der Förderung des Null-Emissions-Forschungsnetzwerks, das im September 2008 gegründet wurde.

#### Ausbildungsinitiative

Das Bundesumweltministerium lud 2006 die Unternehmen und Verbände aus der Wachstumsbranche der Umwelttechnologien/erneuerbaren Energien ein, der BMU-Ausbildungsinitiative „Umwelt schafft Perspektiven“ beizutreten und zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Mittlerweile wirken über 40 Unternehmen und Verbände in der Initiative mit und haben über 6000 zusätzliche Ausbildungsplätze bis 2009 zugesagt.

### **Zukunftssicherung und Konjunkturprogramm: Klima- und Energiepolitik**

Die Klimaschutzpolitik ist das Paradebeispiel globaler Nachhaltigkeitsbemühungen. Die nationale und internationale Klimaschutzpolitik des Bundesumweltministeriums orientiert sich klar an den Leitlinien der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Das nachdrückliche umweltpolitische Engagement für Klimaschutz ist dem Ziel der **Generationengerechtigkeit** verpflichtet, denn alle Maßnahmen, die heute unterlassen werden, führen unweigerlich zu irreparablen Folgeschäden und – im Gegensatz zu frühzeitigem Handeln – zu unverantwortlich höheren Kosten. Klimaschutz zielt auf den Erhalt der **Lebensqualität**. Der bereits in Ansätzen auch in Deutschland spürbare Klimawandel führt nicht nur zu Problemen in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung, er gefährdet auch die Gesundheit, bauliche Infrastrukturen, Kulturlandschaften und die Artenvielfalt. Dieser Entwicklung tritt die Klimaschutz- und Klimaanpassungspolitik entgegen. Bei der Entwicklung ihrer Maßnahmen und Instrumente berücksichtigt die Klima- und Energiepolitik zunehmend auch Folgewirkungen auf den **sozialen Zusammenhalt**. Ziel muss es sein, bei den eingesetzten Steuerungsmechanismen soziale Ungleichheiten zu vermeiden und allen sozialen Gruppen die gesellschaftliche Teilhabe und z.B. den effizienten Einsatz von Energie zu ermöglichen. Die Beachtung **internationaler Verantwortung** ist allein wegen der regional unterschiedlichen Folgen des Klimawandels grundlegendes Gebot der Klimapolitik. Gerade die am stärksten betroffenen Regionen sind in geringerem Maß für den Klimawandel verantwortlich.

Sowohl die politischen als auch die ganz praktischen Fortschritte der vergangenen Jahre zeigen, dass diese Leitlinien der Nachhaltigkeit und die Kooperation aller Akteure die Erfolgsformel guter Klimapolitik sind: In einem internationalen und interdisziplinären Forschungsnetzwerk – dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) – analysierte die Klimaforschung das Problem, legte eine tolerable Tragfähigkeitsgrenze der Atmosphäre fest und formulierte ein Langfristziel. Dieses Ziel machte sich die Politik zu Eigen, formulierte Zwischenziele, verteilte die Lasten für die Problemlösung nach dem Grad der Verantwortung sowie der Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Erdregionen. In der EU und in Deutschland wurde zudem ein Bündel konkreter Maßnahmen und Programme zur Zielerreichung beschlossen und ihre Umsetzung finanziell unterlegt. Indikatoren verfolgen die Fortschritte auf dem Weg zum Ziel.

Obwohl der Weg zur konkreten Umsetzung der beschriebenen Vorgehensweise in der Nachfolge des Kyoto-Protokolls noch durchaus steinig ist: Zu einer Klima- und Energiepolitik – begründet durch die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung – gibt es keine Alternative. Sie ist nicht nur eine moralisch verpflichtende Lösung, sondern auch wirtschaftspolitisch der einzig rationale Weg in die die Zukunft. Zum ökologischen wie ökonomischen Vorteil basiert wirksamer Klimaschutz auf den drei Säulen Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffi-

zienz sowie Ausbau erneuerbarer Energien. Diese Strategien vermindern den Bedarf an teuren fossilen Energieimporten und führen dazu, dass mehr Geld im eigenen Land verbleibt und das Wirtschaftssystem weniger sensibel auf stark schwankende Weltmarktpreise für Energieträger reagiert.

### **Ausgewählte Maßnahmen:**

#### Klimaschutzinitiative

Im Rahmen des Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms der Bundesregierung wurde beschlossen, einen Teil der Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten für die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen – sowohl national (Nationale Klimaschutzinitiative) als auch international (Internationale Klimaschutzinitiative). Dem Bundesumweltministerium stehen hierfür bis zu 460 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2009 zur Verfügung. Für den nationalen Teil der Klimaschutzinitiative sind nach 280 Millionen Euro 2008 im Jahr 2009 insgesamt 340 Millionen Euro vorgesehen, für die Internationale Klimaschutzinitiative stehen pro Jahr 120 Millionen Euro für bilaterale Klimaschutzprojekte zur Verfügung.

#### Internationale Agentur für Erneuerbare Energien IRENA

Die Bundesregierung hat die Gründung einer Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) initiiert, um den weltweiten Ausbau aller nachhaltig genutzten regenerativen Energieträger zu beschleunigen. Der intensive, etwa einjährige Vorbereitungsprozess mit drei internationalen Konferenzen wurde mit der Gründungskonferenz am 26. Januar 2009 in Bonn erfolgreich abgeschlossen.

#### Integriertes Energie- und Klimaprogramm für Deutschland

Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung führt – zusammen mit bereits beschlossenen Maßnahmen – bei konsequenter und ambitionierter Umsetzung bis 2020 zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen um etwa 35 % und trägt somit entscheidend zur Erreichung des deutschen Klimaschutzziels bei. Gleichzeitig werden durch das Programm die Nettoinvestitionen ab Mitte des kommenden Jahrzehnts um über 30 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Das Paket mit seinen 29 Einzelmaßnahmen schafft nach konservativen Schätzungen bis 2020 mindestens 500.000 neue Arbeitsplätze und erhöht das Bruttoinlandsprodukt um mindestens 70 Milliarden Euro jährlich. Zentrale Bausteine des Energie- und Klimaprogramms sind:

- Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes
- Ausbau der Stromnetze für den Transport umweltfreundlich erzeugten Stroms
- Novelle der Energieeinsparverordnung
- Gebäudesanierungsprogramm
- Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
- Das Marktanzreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Wärme
- Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Energiebereitstellung stieg von 5,5 % (2004) auf rund 10 % (Ende 2008). Ihr Anteil an der deutschen Stromversorgung stieg im gleichen Zeitraum von 9,5 % auf jetzt etwa 15 %. Sie leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung und Versorgungssicherheit. Damit wurden die für 2010 festgelegten Ziele der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für den Einsatz erneuerbarer Energien vorzeitig erreicht. Im neu gefassten EEG wurde 2008 nun ein Anteil von 30 % für den Bruttostromverbrauch für 2020 vereinbart. Erneuerbare Energien sind aber auch ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor in Deutschland. So wurde im Jahr 2008 mit er-

erneuerbaren Energien ein Gesamtumsatz von rund 30 Milliarden Euro erzielt. Der Branche der erneuerbaren Energien konnten für das Jahr 2008 rund 278.000 Beschäftigte zugerechnet werden, gegenüber 2004 ist das ein Anstieg von rund 73 %.

## **Schutz und Nutzung biologischer Vielfalt – globale Politik im nationalen Interesse**

Ohne Naturkreisläufe, ohne biologische Vielfalt gibt es keinen Sauerstoff, kein sauberes Wasser, keine Nahrungsmittel. Die fundamentale Bedeutung der Biodiversität für das Ziel hoher Lebensqualität in ihrer ökologischen wie ökonomischen Dimension ist Ausgangspunkt des umweltpolitischen Engagements in diesem Bereich. Die Herausforderung heißt Schutz und Nutzung auszubalancieren: Nutzung erlauben - Übernutzung verhindern. Die optimale Verknüpfung der beiden Seiten ist eine der Schlüsselfragen nachhaltiger Entwicklung.

Das Bundesumweltministerium initiierte 2007 gemeinsam mit weiteren Partnern die Studie „Die Ökonomie von Ökosystemen und der Biodiversität“ (The Economics of Ecosystems and Biodiversity, TEEB), um den ökonomischen Wert der biologischen Vielfalt und der Leistungen der Natur zu ermitteln. Erste Ergebnisse liegen vor: Rund 100.000 Schutzgebiete verschiedener Kategorien bedecken rund 11 % der Landfläche der Erde. Sie versorgen die Menschen mit Leistungen der Ökosysteme und der Biodiversität im Wert von 4,4 bis 5,2 Billionen US-Dollar im Jahr. Das übertrifft die Summe der Umsätze des weltweiten Automobilsektors, Stahlsektors und des IT-Dienstleistungssektors zusammen. Die geschätzten jährlichen Kosten für die ordnungsgemäße Erhaltung der Schutzgebiete belaufen sich auf jährlich etwa 40 bis 45 Milliarden US-Dollar - also nur etwa ein Prozent des Wertes der Erträge. Das Leitziel der Generationengerechtigkeit gebietet es, dieses Potenzial gegenüber kurzfristigen und zerstörerischen Ansprüchen zu erhalten.

Das globale Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD), mit dem die Weltgemeinschaft dem fortschreitenden Artenverlust begegnen will, ist deshalb auch keine reine Naturschutzkonvention. Vielmehr greift es die Nutzung – und damit das wirtschaftliche Potenzial der natürlichen Ressourcen – als wesentlichen Aspekt der Erhaltung der biologischen Vielfalt auf. Das Bundesumweltministerium nimmt mit seinem Engagement für die Umsetzung der CBD vor allem auch seine internationale Verantwortung für nachhaltige Politik wahr. Ergebnis des derzeitigen Vorsitzes Deutschlands in der CBD ist es darüber hinaus, dass in der sozialen Frage des Zugangs und des Vorteilsausgleichs bei der Nutzung biologischer Vielfalt große Fortschritte erzielt werden konnten.

Unter Federführung des Bundesumweltministeriums ist die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt formuliert und beschlossen worden. Auch sie folgt den Leitlinien der Nachhaltigkeitsstrategie und legt für alle biodiversitätsrelevanten Themen in Deutschland Ziele und Maßnahmen fest – von heute an bis zum Jahre 2050. Ziel der Strategie ist es, alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln, so dass sich die Gefährdung der biologischen Vielfalt in Deutschland deutlich verringert, sie schließlich ganz gestoppt wird und als Fernziel die biologische Vielfalt einschließlich ihrer regionaltypischen Besonderheiten wieder zunimmt – zum Nutzen für Gesundheit, Erholung, Landwirtschaft und Industrie.

### **Ausgewählte Maßnahmen:**

#### Internationaler Waldschutz:

Im Rahmen der 9. Vertragsstaatenkonferenz des internationalen Übereinkommens über die Biologische Vielfalt initiierte das Bundesumweltministerium gemeinsam mit weiteren Partnern

das Life-Web als weltweites Netz von Schutzgebieten. Als Erfolg dieses Engagements stellt die Bundesregierung nun bis 2012 insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung, ab 2013 wird dieselbe Summe jährlich investiert.

### Natura 2000

Nach umfangreichen Nachmeldungen sieht die Europäische Kommission nunmehr die notwendigen Meldungen für Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH) in Deutschland als erfüllt an. Sie umfassen 9,3 % der Landesfläche. Mit dem Abschluss dieses langjährigen Prozesses ist nun das Netz der deutschen FFH-Gebiete errichtet worden und die Voraussetzung geschaffen, das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 vor Ort durch ein gutes Gebietsmanagement mit Leben zu erfüllen.

### Großschutzgebiete

Naturgroßschutzgebiete fördert das BMU seit 1979 mit einem jährlichen Etat von derzeit ca. 14 Millionen Euro (insgesamt 300 Millionen Euro seit 1979), inzwischen sind dies über 60 Naturschutzgroßprojekte mit einer Gesamtfläche von 220.000 Hektar. Diese Maßnahmen schützen die Natur und schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze, denn Naturgroßschutzgebiete haben eine immense Bedeutung für den Tourismus und damit für die ökonomische Regionalentwicklung.

### Nationales Naturerbe

Im Koalitionsvertrag zur 16. Legislaturperiode vereinbarten die Regierungsparteien, gesamtstaatlich repräsentative Naturschutzflächen des Bundes unentgeltlich in eine Bundesstiftung einzubringen oder an die Länder, Verbände und sonstige Stiftungen zu übertragen. Für die ersten 100.000 ha sind die künftigen Flächenempfänger vorgesehen bzw. festgelegt. Mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wurde am 13. Mai 2008 ein Rahmenvertrag für die Übertragung von weiteren Flächen im Umfang von 46.000 ha unterzeichnet.

## **Ressourcenpolitik – tragfähige Wirtschaftskreisläufe schaffen**

Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Rohstoffe, die der Mensch der Natur entnimmt, die er verarbeitet, konsumiert und schließlich wieder in die Natur zurückgibt, ist eine immer wichtigere ökologische, aber auch ökonomische und soziale Herausforderung. Die heutige Wirtschaftsweise widerspricht jedoch noch weitgehend einer nachhaltigen Entwicklung: Erneuerbare Ressourcen verbrauchen wir in vielen Fällen noch weit über das Maß, in dem natürliche Regenerationsraten in überschaubarem Zeitrahmen die entnommenen Mengen ersetzen können.

Noch dramatischer ist die Übernutzung nicht erneuerbarer Ressourcen – hier sind wir noch weit von der Maxime entfernt, möglichst effizient zu wirtschaften und dadurch nur soviel zu verbrauchen, wie unbedingt nötig. Und das, obwohl sich sehr viele Rohstoffe schon jetzt weitaus effizienter nutzen lassen und damit auch kommenden Generationen und der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen. Dem Einfallsreichtum, sprich den Innovationsmöglichkeiten, sind hier kaum Grenzen gesetzt. Geschlossene Stoffkreisläufe, zum Beispiel die Bereitstellung von Abfällen als sekundäre Rohstoffe, bieten dafür große Potenziale. Deutschland ist in diesem Bereich weltweit führend und der globale Bedarf für Kreislaufwirtschafts- und Effizienztechnologien ist riesig. Abfalltechnologie „Made in Germany“ trägt mit einer Exportquote von über 75 % zum globalen Umweltschutz bei und sichert gleichzeitig Wohlstand und Beschäftigung. In der deutschen Entsorgungsbranche arbeiten über 200.000 Menschen und erwirtschaften einen Jahresumsatz von etwa 50 Milliarden Euro.

Mit ihren Innovationen verändert die Kreislaufwirtschaft sowohl die Produktionsprozesse als auch das Bewusstsein und das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Ziel ist es, Deutschlands Volkswirtschaft zum Vorreiter beim sparsamen, schonenden und umweltverträglichen Umgang mit Energie und Rohstoffen zu machen. In Deutschland werden bereits 65 % des deutschen Abfallaufkommens stofflich verwertet oder als Ersatz für primäre Energieträger genutzt. Allein in der deutschen Abfallwirtschaft fallen im Vergleich zum Jahr 1990 jährlich circa 46 Millionen Tonnen weniger Treibhausgasemissionen an. Das entspricht 18 % der deutschen Reduktionspflichten nach dem Kyoto-Protokoll.

Eine nachhaltige Ressourcenpolitik ist auch für die überlebenswichtige Ressource Wasser von Bedeutung. Konsequenter Schutz und effiziente Nutzung der Wasserressourcen der Erde sind eine Grundvoraussetzung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung in Frieden und Gerechtigkeit. Eine nachhaltige Wasserpolitik erfordert technische, administrative und gesellschaftliche Innovationen und treibt diese deshalb voran. Der Schutz sowie die gerechte und effiziente Nutzung der begrenzten Wasservorräte lassen sich nur gemeinsam mit allen Beteiligten erreichen. Wir sprechen heute von „Integriertem Wasserressourcen- Management“ oder „Integriertem Flussgebietsmanagement“.

## **Ausgewählte Maßnahmen**

### Netzwerk Ressourceneffizienz

Im März 2007 gründete das Bundesumweltministerium das "Netzwerk Ressourceneffizienz". Diese Initiative bündelt das Know-how einer effizienten Ressourcennutzung und intensiviert die Kommunikation zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Das "Netzwerk Ressourceneffizienz" verknüpft Unternehmen, Ingenieure, Entwickler, Forscher, Wissenschaftler, Ausbilder, Verbände und andere Multiplikatoren wie Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Die branchenübergreifende Plattform sammelt und verbreitet Informationen über relevante Technologien, „Best Practice“-Beispiele und wissenschaftliche Erkenntnisse.

### Novelle Deponierecht

Eine nachhaltige Entsorgungswirtschaft kommt nicht ohne moderne Deponien aus, die dem Stand der Technik entsprechen. Die im September 2008 vom Kabinett beschlossene neue Deponieverordnung führt die bestehenden Regelwerke aber nicht nur zusammen. Vielmehr werden die geltenden Anforderungen entflochten. Das neue Deponierecht wird im Sommer 2009 in Kraft treten.

### Beitrag der Abfallwirtschaft zur Ressourceneffizienz

Die kommunale und private Abfallwirtschaft leisten einen bedeutenden Beitrag zur Rohstoffversorgung. Welchen Beitrag beispielsweise Rohstoffe aus Wohn- und anderen Gebäuden sowie aus Infrastrukturbauten künftig zur Rohstoffversorgung leisten können („Urban Mining“), untersucht das Bundesumweltministerium intensiv im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

### Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie

Die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie tritt in eine zentrale Phase: Bis Ende 2009 sind nationale Maßnahmenprogramme und nationale/internationale Bewirtschaftungspläne für zehn Flussgebiete zu erstellen und abzustimmen. Mit diesen Instrumenten werden die wesentlichen Bewirtschaftungsziele und die zu ihrer Realisierung vorgesehenen Maßnahmen festgelegt. Sie sind über Länder- und Staatengrenzen hinweg zu koordinieren. Ende 2008

wurden – wie von der Richtlinie gefordert – in allen Bundesländern die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme veröffentlicht, um betroffenen Nutzern, Bürgern und Interessengruppen die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

#### German Water Partnership

Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen der deutschen Wasserwirtschaft haben auf den internationalen Märkten hervorragende Chancen, wenn es ihnen gemeinsam gelingt, angepasste, aber gleichzeitig innovative Konzepte und Technologien anzubieten. Sie haben daher als Ergebnis einer vom Bundesumwelt- und Bundesforschungsministerium angestoßenen Initiative vor einem Jahr die "German Water Partnership" gegründet. Ziel dieser Initiative ist es, gemeinsam und einheitlich als zentraler Ansprechpartner für interessierte Partner aus dem Ausland aufzutreten und Innovationsallianzen zwischen Unternehmen und Forschung zu bilden.

#### Nationale Meeresstrategie

Die Bundesregierung hat 2008 für Nord- und Ostsee eine „Nationale Strategie zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der Meere“ verabschiedet. Ziel ist die Erhaltung der Meere als ein Wert an sich. Dazu müssen Schutz und Nutzung in Balance gebracht und die Nutzungen der Meere ökosystemverträglich gestaltet werden.

## **2. Nachhaltige Entwicklung im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums**

Das Bundesumweltministerium hat den Anspruch, Anforderungen, die es an Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft stellt, auch selbst zu erfüllen. Dabei nimmt es, wo immer möglich, eine Vorreiterrolle ein. Dies gilt für den gesamten Geschäftsbereich, zu dem neben dem Ministerium das Umweltbundesamt sowie die Bundesämter für Naturschutz und Strahlenschutz zählen. Bei der Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung im eigenen Geschäftsbereich werden über die ökologische Dimension hinaus auch soziale und ökonomische Aspekte einbezogen.

Der folgende Abschnitt bietet einen Überblick über die Aktivitäten zur Umsetzung des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Der Fokus liegt dabei in erster Linie auf dem Ministerium. Bei allen Maßnahmen wird großer Wert auf die Glaubwürdigkeit und Transparenz von Daten gelegt. Damit stellt sich das Bundesumweltministerium einer externen Begutachtung und Überprüfung seiner Aktivitäten zum Umweltschutz.

### **2.1 Umsetzung des Leitbildes in der Standortbewirtschaftung und Beschaffung**

#### **Umweltmanagementsystem nach EMAS**

Das Bundesumweltministerium sieht in dem Umweltmanagementsystem nach der europäischen EMAS-Verordnung<sup>3</sup> eine Chance für Unternehmen und Organisationen, freiwillige anspruchsvolle Umweltstandards zu entwickeln, die ein hohes Umweltentlastungs- und Innovationspotenzial beinhalten. Als Vorbild und Anreiz für weitere Institutionen stellt sich auch der Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums selbst den Anforderungen der Verordnung.

#### **Gütesiegel für das Umweltbundesamt**

Als erste Bundesbehörde führte 2001 das Umweltbundesamt (UBA) an seinem Dienstsitz Bismarckplatz in Berlin ein Umweltmanagementsystem nach EMAS ein und ließ sich durch einen unabhängigen Umweltgutachter prüfen. Der Hauptsitz des UBA wurde 2005 nach Dessau-Roßlau verlegt, wobei von vornherein darauf geachtet wurde, am neuen Standort die nötigen Voraussetzungen für die Zertifizierung zu schaffen. Zudem wurde der neue Verwaltungsbau für 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach höchsten ökologischen und arbeitsschutzfachlichen Anforderungen sowie systematisch barrierefrei errichtet.

Anspruch war, die Qualität eines ökologischen Modellvorhabens zu erreichen, das heißt:

- die Zusatzkosten für die ökologischen Maßnahmen sollten sich innerhalb der Lebensdauer der einzelnen Bauteile durch Einsparungen refinanzieren; es ist dabei keine Kapitalverzinsung bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung alternativer Maßnahmen angenommen worden;

---

<sup>3</sup> Eco Management and Audit Scheme nach der Verordnung (EG) Nr. 761/2001; siehe auch [www.emas.de](http://www.emas.de).

- die Summe der Zusatzkosten für Maßnahmen, denen keine Einsparungen gegengerechnet werden können - wie etwa Kosten für Baumaterialien, die aus lufthygienischen Gründen höheren Emissionsanforderungen genügen -, sollten nicht mehr als 10 % der Bausumme ausmachen. Dieser Ansatz musste jedoch nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die Betriebsergebnisse entsprechen unter Berücksichtigung geänderter Betriebszeiten nach knapp vier Jahren im Wesentlichen den Planungsvorgaben. So konnte der Neubau des Umweltbundesamtes im Januar 2009 das „Deutsche Gütesiegel nachhaltiges Bauen“ in Gold erringen. Dieses Gütesiegel des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen und der Deutschen Gesellschaft Nachhaltiges Bauen (DGNB) zeichnet vorbildliche Verwaltungs- und Büro-Neugebäude aus. Es berücksichtigt ökologische, ökonomische und soziokulturelle Kriterien ebenso wie den Standort, die Planung und die technische Ausführung. Eine Auszeichnung mit diesem Gütesiegel wird auch für das Bonner Alte Abgeordnetenhochhaus angestrebt, das Teil des UN-Campus ist. Auch hier werden die Anforderungen bereits bei Planung und Durchführung der Umbaumaßnahmen berücksichtigt.

### **EMAS-Registrierung für den Ministeriumsdienstsitz Bonn**

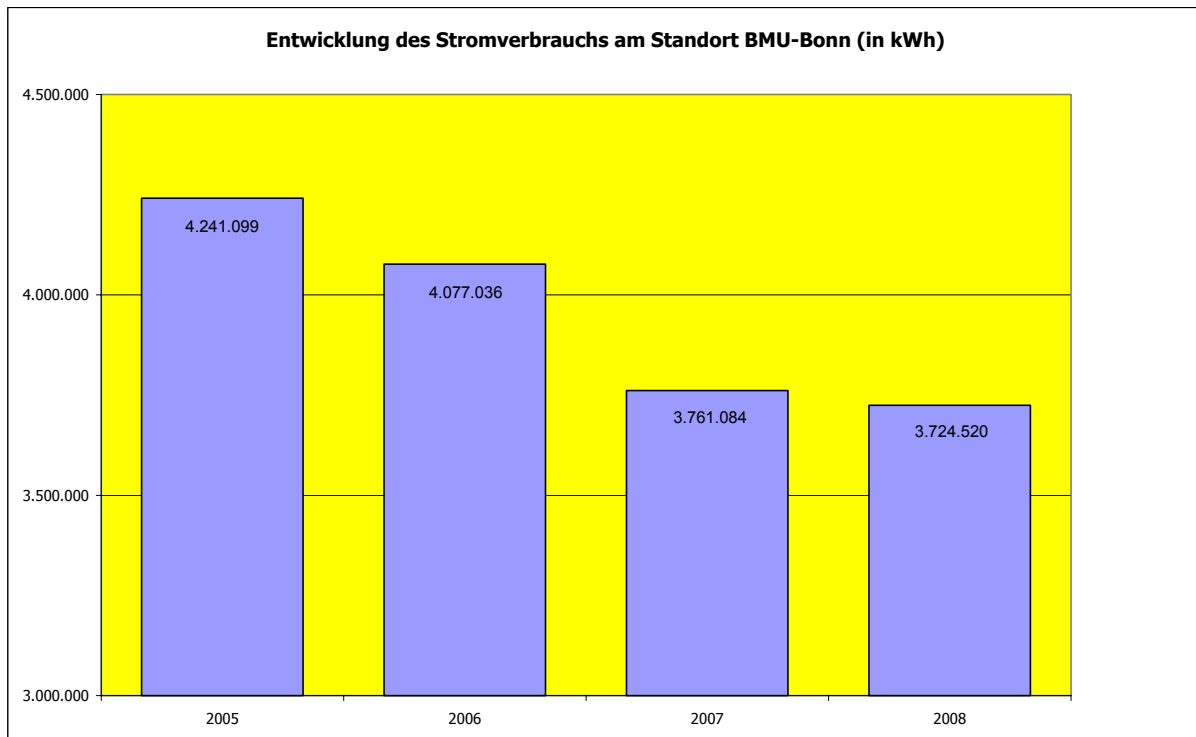
Das Bundesumweltministerium hat seinen ersten Dienstsitz in Bonn, einen weiteren in Berlin. Der Bonner Dienstsitz hat im Jahre 2006 das Umweltmanagementsystem nach EMAS eingeführt. Das Bundesumweltministerium ist damit Vorreiter im Ressortkreis. Nach dem Umzug des Berliner Dienstsitzes vom Alexanderplatz in die Stresemannstraße im Jahr 2011 soll auch dieser Standort nach EMAS registriert werden, ebenso ist eine Auszeichnung mit dem „Deutschen Gütesiegel nachhaltiges Bauen“ angestrebt. Das Bundesamt für Naturschutz hat seinen Standort auf der Insel Vilm nach EMAS begutachten lassen und hat mit der Einführung von EMAS am Bonner Hauptsitz begonnen.

Die Einführung des Umweltmanagementsystems EMAS hat zu erheblichen Einsparungen beim Ressourcenverbrauch, zur genaueren Betrachtung verwaltungsinterner Abläufe und zu Effizienzverbesserungen geführt. Beispielhaft lässt sich dies an den Verbrauchswerten für Strom illustrieren, die in der vom Umweltgutachter geprüften und für gültig erklärten (validierten) Umwelterklärung 2009 veröffentlicht sind.<sup>4</sup>

Nach deutlichen Verminderungen des Stromverbrauchs zwischen 2005 und 2007 konnte der Bedarf 2008 erneut geringfügig reduziert werden. Das Bundesumweltministerium und die Behörden seines Geschäftsbereiches beziehen außerdem seit 2004 Ökostrom. Damit mit dieser Beschaffung auch das Angebot an Ökostrom tatsächlich wächst, sind bei der Beschaffung lediglich neu errichtete oder jüngere Anlagen in der Emissionsbilanz berücksichtigt worden. Es ist beabsichtigt, auch für den Zeitraum ab 2010 Ökostrom mit einer vergleichbaren Regelung zu beschaffen. Durch den Einsatz von Ökostrom wurden im Zeitraum von 2004 bis 2008 bei einem Gesamtverbrauch von 20.072.391 kWh im Vergleich zu einem üblichen Strom-Mix insgesamt 12.304.373 kg CO<sub>2</sub> eingespart.

---

<sup>4</sup> Weitere Kennzahlen und deren Entwicklung in der BMU-Umwelterklärung 2009; [www.bmu.de](http://www.bmu.de), Stichwort „EMAS“.



### **EMAS-Registrierung für die Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention**

Auch die 2008 in Bonn durchgeführte internationale Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention (CBD) wurde nach EMAS zertifiziert<sup>5</sup> und ist damit die erste internationale Regierungsgroßveranstaltung, auf die EMAS angewendet wurde. Das Umweltministerium hat damit gezeigt, dass nicht nur Standorte, sondern auch Großveranstaltungen nach Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekten organisiert, durchgeführt und überprüft werden können. Sowohl der im April 2008 erstmals von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt veröffentlichte „Leitfaden für die umweltgerechte Organisation von Veranstaltungen“ sowie ein speziell für die CBD entwickeltes Umweltkonzept<sup>6</sup> können für die Einführung von EMAS bei vergleichbaren Veranstaltungen herangezogen werden.

Die Umwelterklärung 2009 für den BMU-Dienstszitz Bonn, mit der auch das dort in Teilen angesiedelte Streitkräfteamt der Bundeswehr in der Energiever- und Abfallentsorgung erfasst wird, zeigt neben dem klassischen Umweltmanagement auch Maßnahmen auf, die dem Bereich der Personalentwicklung zuzuordnen sind. Damit geht das Bundesumweltministerium bei seiner Darstellung über die Zielstellungen von EMAS hinaus und unternimmt einen ersten Schritt in Richtung eines Nachhaltigkeitsmanagements für den Standort Bonn.

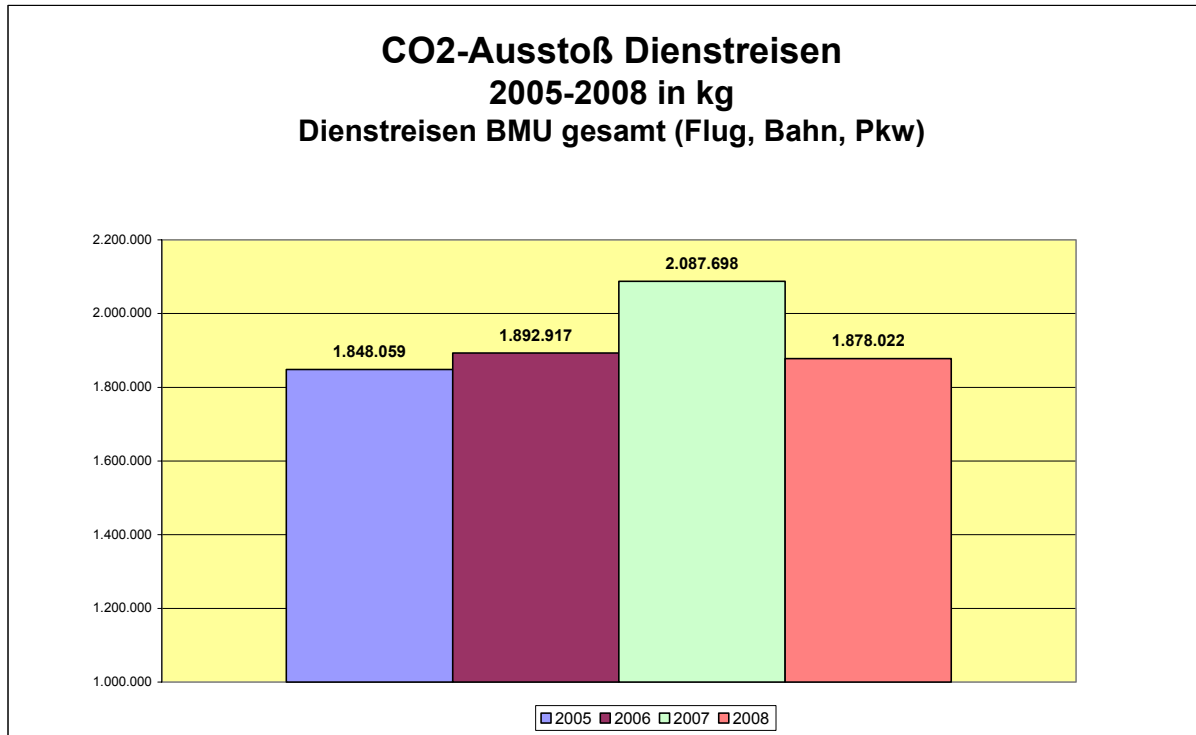
### **Emissionssparende Dienstreisen und Fahrzeugbeschaffung**

Die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung, mit den Ländern sowie mit anderen nationalen und internationalen Institutionen und Organisationen bringen einen erheblichen Reiseaufwand mit sich. Hinzu kommen Dienstreisen im Rahmen von Parlamentsterminen, EU-Abstimmungen, Konferenzen zu internationalen Abkommen, Delegationsreisen usw.

<sup>5</sup> Siehe auch BMU-Umwelterklärung 2009; [www.bmu.de](http://www.bmu.de), Stichwort CBD.

<sup>6</sup> Siehe auch [www.bmu.de](http://www.bmu.de), Stichwort „CBD“.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums sind aufgefordert und bestrebt, den Dienstreiseaufwand aus Kostenaspekten und zur Ressourcenschonung möglichst gering zu halten, etwa durch Videokonferenzen. Bei unvermeidbaren Dienstreisen sollen, wo immer möglich, umweltfreundlichere Verkehrsträger wie die Bahn genutzt werden. Dennoch ist eine erhebliche Anzahl Dienstreisen, insbesondere mit dem Flugzeug, notwendig. Die Emissionen werden für die Standorte Bonn und Berlin gemeinsam erfasst und sind Bestandteil der Umwelterklärung 2009.



Die zeitweise Steigerung der Emissionen durch Dienstreisen im Jahr 2007 ist insbesondere auf die deutsche G8- und die EU-Ratspräsidentschaft sowie die Vorbereitung der oben angesprochenen CBD-Konferenz zurück zu führen.

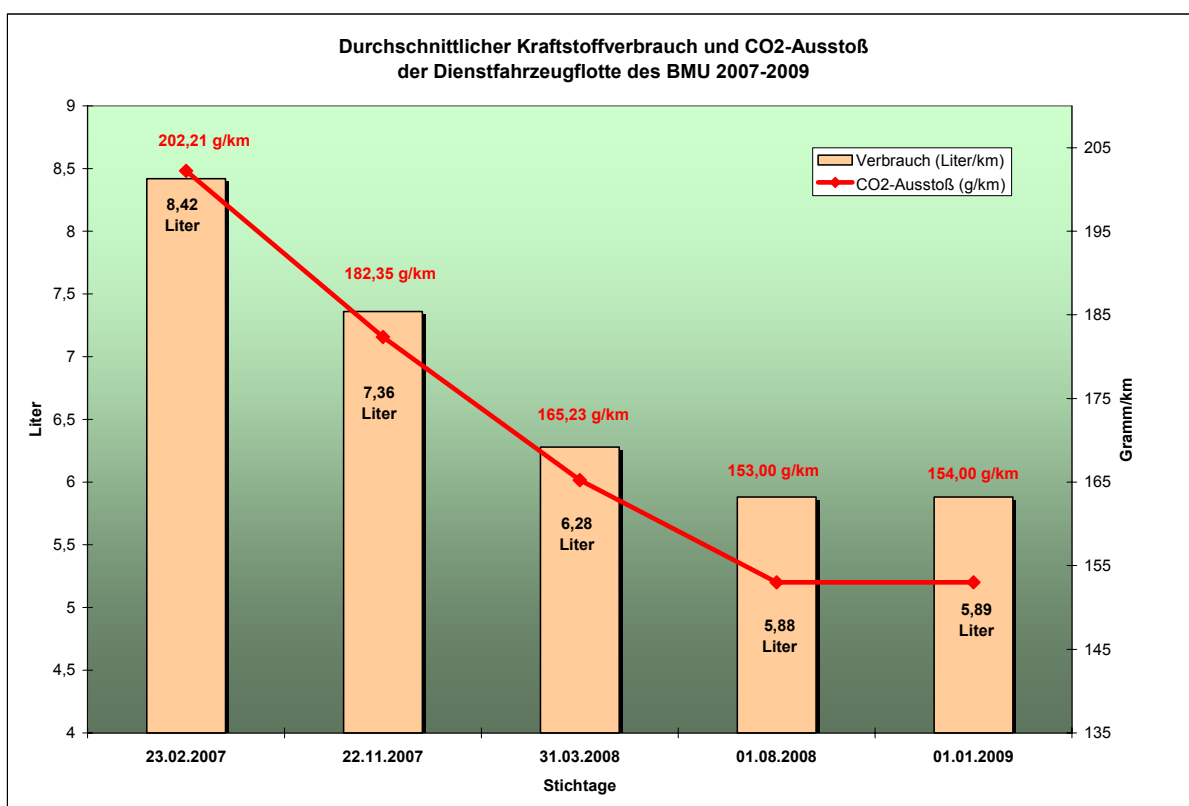
### **Klimaneutrale Dienstreisen**

Da die Vermeidung dienstreisebedingter CO<sub>2</sub>-Emissionen nur begrenzt möglich ist, hat sich das Bundesumweltministerium im Ressortkreis für das Vorhaben „Klimaneutrale Dienstreisen der Bundesregierung“ eingesetzt. Hierdurch können Emissionen durch anspruchsvolle Klimaschutzprojekte kompensiert werden. Neben den Emissionen aus Flugreisen wird auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Fahrten mit Dienstkraftfahrzeugen eingerechnet. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 2008 hat der Bundestag am 30. November 2007 den Weg für die Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 28.02.2007 frei gemacht.

Die zur Kompensation ausgewählten Zertifikate werden ausschließlich aus Klimaschutzprojekten generiert, die den Kyoto-Kriterien entsprechen und sollen darüber hinaus den klima- und energiepolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung sowie dem Prinzip der Nachhaltigkeit genügen. Damit kommen ausschließlich Zertifikate aus den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Frage, die vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern realisiert werden.

## Emissionsminderung in der Fahrzeugflotte

Auch im Bereich der genutzten Fahrzeuge nimmt das Bundesumweltministerium bei Verbräuchen und Emissionen eine Vorreiterrolle ein: Es ist erklärtes Ziel des Bundesumweltministeriums, die eigene Fahrzeugflotte grundlegend CO<sub>2</sub>-mindernd umzurüsten. Daher ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Ersatzbeschaffung für die Fahrzeugflotte das Hauptauswahlkriterium. Bei den neu zu beschaffenden Staffelfahrzeugen handelt es sich um Mittelklassemodelle mit Verbrauchswerten von durchschnittlich 5,1 Liter Diesel auf 100 km und einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von unter 140 g/km (zur Zeit zwischen 136 – 138g/km gemäß Herstellerangaben). Daher sinken Flottenverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen kontinuierlich: Dem Bundesumweltministerium ist es innerhalb von weniger als zwei Jahren gelungen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Fahrzeugflotte um fast 25 % zu senken. Zudem konnte der Gesamtverbrauch des Fuhrparks trotz erhöhter Gesamtfahrleistung um gut 5 % gesenkt werden.



## Ressourcensparende IT-Infrastruktur

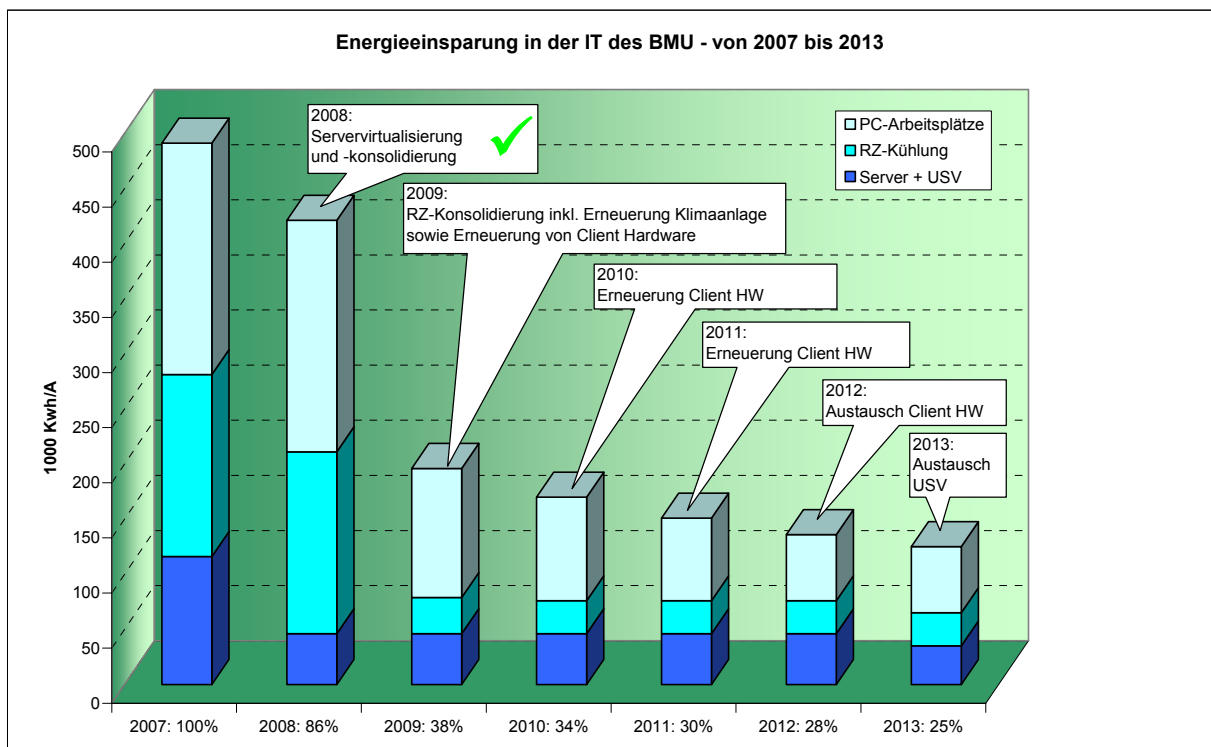
Die zunehmende Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologien) ist mit einer erheblichen Steigerung des Stromverbrauchs verbunden. Das Bundesumweltministerium hat daher in Kooperation mit Umweltbundesamt, dem Branchenverband BITKOM und der KfW Bankengruppe einen neuen Förderschwerpunkt „IT goes green“ aufgelegt. Ziel ist es, die Entwicklung energieeffizienter Computertechniken zu unterstützen und so die erheblichen Stromverbräuche von Rechenzentren zu verringern.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Energieverbrauch der IT-Nutzung bis 2013 um 40 % zu reduzieren und fördert entsprechende Maßnahmen der Verwaltung mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II. In diesem Zuge wurde auch vereinbart, dass bei Neuin-

vestitionen der Energieverbrauch von IuK-Lösungen über die geplante Nutzungsdauer in die Beschaffungskriterien aufgenommen wird.

Das Bundesumweltministerium ist diesem Ziel bereits voraus: Im Anschluss an eine Servervirtualisierung konnte die Anzahl der Server im Rechenzentrum Bonn von 40 auf 19 reduziert werden. Im Rahmen einer turnusgemäßen Erneuerung wurden 12 der 19 Geräte nach einer Standzeit von 5 Jahren gegen neue und energieeffizientere Geräte ausgetauscht. Dadurch wurde der Stromverbrauch der Server am Standort Bonn um 60 % gesenkt.

Durch die Verminderung des Raumbedarfs wird nun überprüft, ob die Rechenzentren für IT und Telekommunikation zusammengelegt werden können. Diese Maßnahme würde durch verminderten Energieeinsatz für die Kühltechnik weitere Energieeinsparungen mit sich bringen. Vergleichbare Maßnahmen werden 2009 auch am Standort in Berlin umgesetzt. Durch weitere Maßnahmen wird – trotz Kapazitäts- und Leistungssteigerung - für die IT eine Verminderung des Stromverbrauchs bis 2013 von 75 % gegenüber 2007 angestrebt.



## Nachhaltige Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen

Nachhaltigkeitsaspekte werden durch die Vergabestellen im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums wo immer möglich auch bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen beachtet. Auch die Geschäftsordnung des Bundesumweltministeriums beinhaltet dazu Regelungen. Zum Beispiel sind bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots die Lebenszykluskosten eines Produkts (incl. eventueller Installations-, Betriebs- und Entsorgungskosten) und nicht nur sein Anschaffungspreis zu berücksichtigen. Bei der Beschaffung von Energie verbrauchenden Geräten sind möglichst energiesparende Produkte auszuwählen. Diese sind in der Regel der Energieeffizienzklasse (z.B. A+, A++) zugeordnet bzw. mit entsprechendem Kennzeichen (z.B. Blauer Engel, Energy Star) versehen.

Bei der Beschaffung ist auch innovativen umweltfreundlichen Produkten der Vorrang einzuräumen. Das Bundesumweltministerium war gemeinsam mit fünf anderen Bundesressorts

Mitinitiator des Beschlusses zur verstärkten Innovationsorientierung öffentlicher Beschaffung vom 16.10.2007.

Als Arbeitshilfe wurden den Vergabestellen „Hinweise zur Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der Beschaffung“ zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat das Bundesumweltministerium gemeinsam mit dem Umweltbundesamt inzwischen eine Vielzahl weiterer Informationsmaterialien (z.B. Leitfäden, Musterausschreibungen, juristische Gutachten, Studien u.v.m.) erarbeitet, die die Aspekte einer nachhaltigen und vor allem umweltgerechten Beschaffung berücksichtigen und für Interessierte verfügbar sind.<sup>7</sup>

## **2.2 Umsetzung des Leitbildes in der Personalpolitik**

Die Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums zu erhalten und zu erweitern, ist Kern einer Personalpolitik, die sich am Leitbild nachhaltiger Entwicklung orientiert. Dazu dient die klassische Weiterbildung in Form von Seminaren, aber auch die Gesundheitsförderung, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt der Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Hierarchieebenen.

### **Gleichstellung**

So hat sich das Bundesumweltministerium zum Ziel gesetzt, bis 2011 30 % der Führungspositionen mit Frauen zu besetzen. Die regelmäßige Erstellung des Gleichstellungsplans alle 4 Jahre mit einer zweijährigen Aktualisierung dient der Zielkontrolle und der Zielanpassungen. Besondere Fortbildungsmaßnahmen für Frauen aller Laufbahngruppen werden in Abstimmung mit der Gleichstellungsbeauftragten jährlich angeboten.

### **Ausbildung**

Das Bundesumweltministerium engagiert sich überdurchschnittlich in der Ausbildung. Die Ausbildungsquote im Ministerium liegt zurzeit bei 10,45 %. Bisher haben alle Auszubildenden, die Abschlussprüfung sofort bestanden, davon sind einige als Jahrgangsbeste des Ausbildungsverbundes Köln/Bonn hervorgegangen. Das Ministerium gibt seinen Auszubildenden nach der Ausbildung die Möglichkeit, im Haus befristet Berufserfahrung zu sammeln.

Das Bundesumweltministerium sieht seine Verantwortung jedoch nicht nur im Erreichen guter Ausbildungsabschlüsse. Selbstverständlich werden bei der Ausbildung im Bundesumweltministerium gezielt fundierte Umweltkenntnisse vermittelt, aber auch soziale Kompetenzen. Die Auszubildenden lernen frühzeitig, Verantwortung zu übernehmen, haben die Möglichkeit durch ihre hauseigene Zeitung „Green Antz“ Beiträge zu selbst gewählten Schwerpunkten zu veröffentlichen, engagieren sich in sozialen Projekten und sammeln Spenden. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt beim Thema „Ehrenamt“.

Um das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen zu fördern, stellten Auszubildende sich untereinander ihre Glaubensrichtungen vor, denn im Bundesumweltministerium haben 27 % aller Auszubildenden einen Migrationshintergrund. Das Bundesumweltministerium engagiert sich im Rahmen der Integration von Ausbildungsplatzsuchenden mit Migrationshintergrund, indem eine Kooperation mit einer Berliner Schule aufgebaut wird. Schüler und Schülerinnen dieser Schule wird in diesem Jahr ein Workshop „Wie bewerbe ich mich richtig? Richtig vorbereitet für das Vorstellungsgespräch“ am Girlsday 2009 angeboten.

---

<sup>7</sup> Siehe auch [www.bmu.de](http://www.bmu.de) und [www.beschaffung-info.de](http://www.beschaffung-info.de).

## **Personalentwicklung und Fortbildung**

Fortbildung steht im Zentrum der Personalentwicklung. Der Erhalt und die Erweiterung der Fach-, Methoden- und kommunikativen Kompetenzen sowie soziales Lernen stehen dabei im Mittelpunkt. Das Bundesumweltministerium hat in den letzten Jahren systematisch das hausinterne Angebot erweitert, um so auch dem Ziel gerecht zu werden, Reiseaufwand zu vermeiden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Neben Seminaren unter externer Leitung werden regelmäßig Veranstaltungen zum „Peer Learning („Voneinander Lernen“) angeboten. Alle 1,5 Jahre finden außerdem Nachwuchskräfteworkshops statt, auf denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich gegenseitig ihre Arbeitsbereiche vorstellen. Etwa 4 mal pro Jahr findet eine hausinterne Veranstaltungsreihe statt, auf der aktuelle umweltpolitische Themen oder aktuelle Verwaltungsthemen durch interne „Experten“ präsentiert und diskutiert werden. Beide Module fördern auch den Kontakt zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Standorte Bonn und Berlin. Das Projekt Mentoring mit einer Laufzeit von 1,5 Jahren wird regelmäßig angeboten und hat unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte. Es dient der Selbstentwicklung ebenso wie dem sozialen und ökologischen Lernen.

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Das Audit „Beruf & Familie“ ist ein strategisches Managementinstrument zur Förderung familienbewusster Personalpolitik. Laut Koalitionsvertrag soll die Vorbildfunktion der Bundesregierung für mehr Familienfreundlichkeit durch die Auditierung von Behörden sichtbar gemacht werden. Mit Kabinettsbeschluss vom 20. August 2008 verpflichteten sich alle Bundesministerien, das Bundeskanzleramt sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, sich bis Ende des Jahres 2009 durch das Audit „Beruf & Familie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung als familienfreundliche Arbeitgeber zertifizieren zu lassen. Auch das Bundesumweltministerium wird bis Ende 2009 mit diesem Prozess beginnen. Hiernach sollen Ziele und Maßnahmen in den Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile/geldwerte Leistungen sowie Service für Familien entwickelt werden.

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit ist ein zentraler Aspekt der Personalpolitik des Bundesumweltministeriums. Hierzu zählen vor allem auch Modelle der Teilzeitarbeit und Telearbeitsplätze. Telearbeitsplätze werden im Bundesumweltministerium nach sozialen Kriterien vergeben. Beide Angebote werden zunehmend auch von männlichen Mitarbeitern wahrgenommen. Derzeit decken sich Angebot und Nachfrage bei den Telearbeitsplätzen in etwa.

Zur Kinderbetreuung für nicht planbare Ereignisse, wie Ausfall der Regelbetreuung oder Krankheit, hat das Bundesumweltministerium in Bonn und Berlin Eltern-Kind-Zimmer eingerichtet. Diese ermöglichen es den Eltern, in möglichst hohem Umfang ihrer Tätigkeit nachzugehen, während das Kind spielt oder schläft. An beiden Standorten werden die Eltern-Kind-Zimmer intensiv genutzt. Sowohl für die Sicherstellung der Kinderbetreuung als auch die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger erhalten die Beschäftigten aufgrund einer Kooperationsvereinbarung Unterstützung durch den pme Familienservice.

### **3. BMU-Nachhaltigkeitsberichterstattung für Fachwelt und Öffentlichkeit - Der BMU-Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“**

Der BMU-Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“ ist eine zusammenfassende Darstellung der Aktivitäten des Bundesumweltministeriums für Fachwelt und breite Öffentlichkeit. Der Bericht nimmt den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in mehrfacher Hinsicht in Form und Inhalt auf und ist damit ein Beitrag des Bundesumweltministeriums zu nachhaltigkeitspolitischer Berichterstattung.

#### **Nachhaltigkeit ist partizipativ**

Der BMU-Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“ informiert umfassend über die umweltpolitischen Aktivitäten im Geschäftsbereich des Ministeriums. Er setzt diese Beiträge zur Umweltpolitik darüber hinaus systematisch in Bezug zu Beiträgen gesellschaftlicher Akteure, die im Bericht zu Wort kommen. Sie setzen gesetzliche Vorgaben vorbildhaft um, nutzen staatliche Rahmensezungen für die Gestaltung von Märkten und Innovationen, oder ergreifen völlig unabhängige Initiativen, um umweltpolitische Fortschritte einzuleiten.

Dabei zeigt der Bericht die erstaunliche Vielfalt des Engagements von Organisationen, Gruppen und einzelnen Menschen, die eine Umweltpolitik im Sinne der Nachhaltigkeit braucht. Und er zeigt, wie diese Menschen ihrerseits neue Impulse einbringen. Bei der Gestaltung der inhaltlichen Schwerpunkte und der Erarbeitung des Berichts wurde darauf geachtet, alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Regionen Deutschlands zu beteiligen: Alte und Junge, Frauen und Männer, Migranten, Unternehmer, Manager, bekannte Persönlichkeiten, Ingenieure, Wissenschaftler, Kommunalvertreter, Wirtschafts- und Umweltverbände.

#### **Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe – disziplin- und fachübergreifend**

Die sechs inhaltlichen Kapitel des Berichts orientieren sich zunächst an den Interessen und wesentlichen Lebensbereichen der Bürgerinnen und Bürger und erst in zweiter Linie an den fachspezifischen Teilbereichen des Umweltschutzes:

- Ökologische Industriepolitik - fördert Arbeit und Umwelt
- Energiepolitik und Klimaschutz verbinden
- Entwicklungschancen für den ländlichen Raum
- Gesund leben in intakten Ökosystemen
- Lebenswerte Stadt der Zukunft

In diesen Schwerpunktthemen werden BMU-Initiativen aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen des Ministeriums zusammengeführt. Die Wechselwirkungen der einzelnen Maßnahmen werden dadurch deutlich. Die Aktivitäten des Ressorts erscheinen in einem neuen Zusammenhang.

#### **Nachhaltigkeit erfordert Generationengerechtigkeit**

Nachhaltigkeit heißt, die Zukunft gestalten. Insbesondere kommt im Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“ deshalb die junge Generation zu Wort. Vier umweltengagierte Schülerinnen und Schüler begleiten die Leserinnen und Leser durch den Text, äußern ihre Erwartungen an die eigene Zukunft, an die Politik oder kommentieren die aktuelle Situation. Insgesamt ergibt sich dadurch sowohl ein bilanzierender Rückblick auf die Umweltpolitik der

vergangenen Jahre, als auch ein Ausblick auf die kommenden Aufgaben und Herausforderungen.

### **Nachhaltigkeit verlangt Kommunikation**

Die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik steht heute mehr denn je im Mittelpunkt der Gesellschaft. Dies erfordert eine stärkere Kommunikation mit allen beteiligten Akteuren. Deshalb hebt der Bericht den intensiven Dialog-Charakter der aktuellen Umweltpolitik hervor, seien es die Regionalkonferenzen zur Umsetzung der nationalen Strategie zum Schutz der Biologischen Vielfalt oder das Netzwerk Ressourceneffizienz.

Die Vielfalt der Akteure, die im Bericht zu Wort kommen, und die themenübergreifenden Texte sollen eine breite Leserschaft ansprechen. Auch für Menschen, die sonst keine langen Texte lesen, bieten sich zahlreiche Einstiegsmöglichkeiten in den Bericht: durch Interviews, Statements, Zitate, Projektportraits aus innovativen Unternehmen, Kommunen und Verbänden.

### **Nachhaltigkeit bedeutet Mut zu Innovationen**

Der Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“ macht deutlich, dass nachhaltige Entwicklung nach gesellschaftlichen und technologischen Fortschritten verlangt - sei es im produzierenden Gewerbe, bei Dienstleistungen oder der Abfallwirtschaft, sei es in Städten oder dem ländlichen Raum. Inhalt und Form des Berichts stellen heraus, wo und wie dieser innovationspolitische Ansatz in den vergangenen Jahren weiter entwickelt und zum sichtbaren Erfolg geführt wurde

Der Bericht „Umweltschutz schafft Perspektiven“, BMU 2009 ist im Internet verfügbar unter [http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere\\_umwelt\\_2009.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_umwelt_2009.pdf)

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen...“

Grundgesetz, Artikel 20a

**BESTELLUNG VON PUBLIKATIONEN:**

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Postfach 30 03 61

53183 Bonn

Tel.: 0228 99 305-33 55

Fax: 0228 99 305-33 56

E-Mail: [bmu@broschuerenversand.de](mailto:bmu@broschuerenversand.de)

Internet: [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.